

bereit erklärte, sodaß von einer Weiterverfolgung Abstand genommen wurde.

Rönnigsbrück. (Das Ende einer Schwarzfahrt.) Ein Kaufmann aus Oppach bei Zittau, der mit Auto und Chauffeur hierher gekommen war, konnte infolge vorgerückter Stunde die Rückfahrt nicht mehr antreten und übernachtete in einem hiesigen Hotel. Währenddessen unternahm der Chauffeur mit einigen Genossen auf dem Auto eine nächtliche Spritzfahrt. Erst gegen 1 Uhr nachts kehrte man zurück, bog in eleganter Kurve auf den Marktplatz ein und sah im nächsten Augenblick mit zertrümmertem Wagen im Springbrunnen. Damit hatte die Schwarzfahrt, die noch ein gerichtliches Nachspiel haben dürfte, ein unrühmliches Ende gefunden.

Radeburg. (Brand in einer Bauernwirtschaft.) In Stölpchen, Amtsgerichtsbezirk Radeburg, brach am Dienstag kurz vor 7 Uhr abends im Gute von Brattsch ein größeres Schadenfeuer aus, das mit rasender Schnelligkeit an Ausdehnung gewann. Der Brand war in der hinteren Stallseite, die vom angrenzenden Walde frei zugänglich ist, unzweifelhaft böswillig verursacht worden. Während sich der Besitzer und seine Leute sofort mit der Rettung des Viehes befaßten, stand auch schon das Wohnhaus in Feuer. Vom Vieh konnten drei Kühe nicht mehr aus dem brennenden Stalle herausgeholt werden. Beide Grundstücke brannten bis auf die Umfassungsmauern nieder.

Dresden. (Scharlach in der Infanterieschule.) Das Wehrfreikommando 4 teilt mit: In der Infanterieschule in Dresden sind einige Scharlachkrankheiten aufgetreten. Um einer weiteren Verbreitung vorzubeugen, sind die erforderlichen Sperremaßnahmen getroffen worden.

Bad Schandau. (Aufsindung eines Diebeslagers.) Am Dienstag und am Bußtag wurden im Grenzgebiet bei Bad Schandau durch ein größeres Polizeikommando mit Unterstützung der Landgendarmarie usw. umfangreiche Streifen vorgenommen, da in der allerletzten Zeit fortgesetzt zum Teil auch recht dreiste Einbruchsdiebstähle zur Ausführung gekommen sind. Bei diesen Streifzügen wurde im Staatsforstrevier Postelwitz ein beträchtliches Diebeslager entdeckt. Die dort vorgefundenen Sachen aller Art stammten von einem Einbrüche her, der in Ostrau bei Bad Schandau in das Landhaus eines Dresdner Kommerzienrates in der zweiten Novemberwoche verübt worden ist. Dieser Einbruch war mit einer unerhörten Rohheit und Dreistigkeit begangen worden. Die Spitzbuben hatten erst einen Schuppen erbrochen, darauf ein Beil und eine Rodehacke entwendet und waren dann nach Zertrümmern der Fensterläden und Türen in die Räume eingedrungen. In einem weiteren Falle wurde erst ein Loch in das Dach geschlagen und der Zutritt auf diese Weise ermöglicht. Erbeutet wurden alle möglichen Sachen. Es wird vermutet, daß die Spitzbuben aus der benachbarten Tschecho-Slowakei stammen. Selbige dürften auch den Einbruch in die Räume des Forstamtes zu Bad Schandau in der Nacht zum 15. November ausgeführt haben. In diesem Falle wurde eine Geldkassette erlangt, in der sich u. a. etwa 20 Mark Bargeld und ein Einlagebuch der Stadtbank Bad Schandau mit über 1200 Mark Einlage befanden.

Meerane. (Wegen Münzverbrechens zu Zuchthaus verurteilt.) Der Buchdrucker Martin Lange in Meerane, ein Sohn des hiesigen Buchdruckereibesizers und Verlegers des „Meeraner Tageblattes“, der im Mai und August ds. Jz. in seiner Wohnung falsche, vorzüglich gelungene Zweimarstückchen hergestellt und ca. dreißig davon in Umlauf gebracht hat, wurde am Dienstag vom Zwickauer Gemeinsamen Schöffengericht zu drei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Verurteilte war bereits früher mehrfach wegen Diebstahls, Betrugs, Urkundenfälschung usw. zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Seine wegen Hehlerei mitongeklagte Frau Margarethe Lange wurde freigesprochen. Der Wittangeflagte, der Kesselreiniger Alwin Hartung, der die falschen Geldstücke in Meerane, Crimmitschau und Göpzig in Verkehr gebracht hatte, wurde zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Meerane. (Weihnachtliche Lichttage.) Mit Unterstützung der städtischen Behörden werden hier sechs Weihnachtlichttage veranstaltet. An diesen Tagen werden hiesige Geschäfte sowie die öffentlichen Gebäude und die Straßenübergänge in festlicher Beleuchtung erstrahlen. Der hiesige Ergänzungsverein wird auf dem Marktplatz einen mächtigen Weihnachtstlicherbaum aufrichten. Von den Meeraner Gesangsvereinen werden die Lichttage mit Liedern umrahmt. Seitens der Geschäfte ist außerdem ein Preiswettbewerb vorgesehen.

Außerordentliche Bundes-Versammlung des Sächsisch. Militär-Vereins-Bundes

Der Sächsische Militär-Vereins-Bund hielt am Sonntag, den 18. November im Meißner Saale des Hauptbahnhofes Dresden eine außerordentliche Bundesversammlung ab, die vom Präsidenten Stadtrat Dr. Hopf geleitet wurde. Da neuerdings sämtliche Militärvereinsbundesmitglieder mit dem Bundesorgan, dem Sächs. Militärvereinsblatt, zu beliefern sind, machte sich eine Aenderung der Bundesfassung und eine Aenderung des Haushaltsplanes für 1929 nötig. Beide Aufgaben sind von der außerordentlichen Bundesversammlung in eingehenden Beratungen gelöst worden. Im Haushaltsplan sind zur Unterstützung notleidender Kameraden, Witwen und Waisen, für Freistellen in den 3. Geholungsheimen des Bundes, für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und sonstige Militärversorgungsberechtigten, für die Jugendpflege usw. erheblich höhere Mittel eingestellt worden, insgesamt 89 000 M. Einen tiefen Eindruck machte es, daß der vorgelegte Haushaltsplan unter hochherziger Zurücksetzung anderer wichtiger Bundesaufgaben nur in einem einzigen Punkte geändert wurde: zu Gunsten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, um ihnen die Einrichtung von Kreisgeschäftsstellen am Orte der Versorgungsgerichte und Oberversorgungsämter zu ermöglichen. Dieser kameradschaftliche Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Die im nächsten Jahre stattfindende 56. Bundesversammlung soll am 28.-30. Juni 1929 in Pöna abgehalten werden und zwar so zeitig mit Rücksicht auf die Mitte Juli angelegte Tagung des preussischen Landeskriegerverbandes in Kiel, und auf den 3. Deutschen Reichskriegertag, der am 20. und 21. Juli 1929 in München

abgehalten wird. Auf der anderen Seite hat er den Zeitraum der beruflichen Arbeitslosigkeit auf drei bis vier Monate begrenzt. Die Sonderunterstützung wäre also für ungefähr sechs bis zehn Wochen zu gewähren. Man glaubt, daß ein Gesamtbetrag von 35 Millionen Mark als ausreichende finanzielle Sicherung der Fürsorge für das laufende Haushaltsjahr angesehen werden kann. Der Zuschuß des Reiches soll 28 Millionen Mark betragen. Das Gesetz soll am 2. Dezember 1928 in Kraft treten.

10 Jahre Deutschnationale Volkspartei.

Berlin. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei richtete aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Partei nachstehenden Aufruf an die Parteimitglieder:

„Der Tag der Gründung der Deutschnationalen Volkspartei jährt sich heute zum zehnten Mal. In dem Durcheinander der Novembertage 1918 faßte eine kleine Zahl von Männern den Entschluß, die Partei des nationalen Widerstandes zu gründen als ein Bollwerk deutschen Willens der Erhaltung von Staat, Kultur und Wirtschaft. Monarchische und vaterländische Gesinnung, völkischer Erneuerungswille, soziales Empfinden und christlicher Geist waren und sind die treibenden Gedanken und Kräfte der Partei. An alle Parteifreunde richte ich heute als Ihr Vorsitzender die herzliche Bitte, im Kampf für diese Ziele die Kräfte anzuspannen und zusammenzufassen. Die zehn Jahre, in denen die neuen Machthaber die Not des deutschen Volkes nicht zu meistern vermochten, sind für uns eine Zeit der Sammlung gewesen. Möge ihnen eine lange Zeit des Aufbaues und der Taten folgen. Laßt uns vor allem stets an die Freiheit des Vaterlandes denken.“

Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin. Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen werden demnächst voraussichtlich wieder aufgenommen werden. Wie verlautet, wird der deutsche Verhandlungsleiter, Reichsminister a. D. Dr. Hermes, Anfang nächster Woche mit dem polnischen Unterhändler Zwardowski zusammenkommen, um die Vorbereitungen aufzunehmen.

Ankauf gezogener Auslosungsscheine des Reichs vor dem Fälligkeitstermin.

Berlin. Die bei der Auslosung am 8. Oktober 1928 gezogenen Auslosungsscheine der Anleiheablösungsschuld des Reichs sind bestimmungsgemäß am 31. Dezember 1928 einzulösen. Das Reichsfinanzministerium hat sich jedoch entschlossen, diese Auslosungsscheine bereits vor dem Fälligkeitstermin unter Abzug des jeweiligen Reichsbankdiskonts (zur Zeit 7 Prozent) durch die Reichsbankanstalten antauschen zu lassen. Inhaber solcher Auslosungsscheine, die vor dem 31. Dezember 1928 in den Besitz des Einlösungsbetrages gelangen wollen, können schon jetzt ihre Stücke der nächstgelegenen Reichsbankanstalt zum Ankauf übergeben. Die Auszahlung des Einlösungsbetrages (unter Abzug des Diskontsatzes) erfolgt nach Prüfung der Stücke vom 1. Dezember 1928 ab.

Ein genialer Plan Oskar v. Millers.

Einheitliche Elektrizitätsversorgung des Deutschen Reichs. München. Oskar v. Miller, der Schöpfer des Deutschen Museums und Pionier der Elektrizitätswirtschaft, berichtigte im Kreise des Bayerischen Industriellenverbandes über eine Vorarbeit zu dem Plan einer einheitlichen Versorgung des Deutschen Reichs mit Elektrizität. Oskar v. Miller hat umfangreiche Erhebungen angestellt, deren Ergebnis ist:

In Deutschland werden gegenwärtig ungefähr 12 Milliarden Kilowattstunden verbraucht. In Berücksichtigung einer Konsumsteigerung ist ein Bedarf von rund 30 Milliarden anzunehmen. Ein ähnlicher Verbrauch ist in Norwegen und den Vereinigten Staaten bereits vorhanden und im Verhältnis in der Schweiz seit Jahren wesentlich überschritten. Die Hälfte der 30 Milliarden würde von den Elektrizitätswerten geliefert, die andere Hälfte von der Großindustrie selbst erzeugt werden. Für diese Stromerzeugung sind 15 Millionen Pferdestärkte erforderlich.

Als Kraftquellen stehen zur Verfügung die Wasserkraft in Bayern, Baden, Schlesien, der Bezug von Wasserstrom aus den Braunkohlenbergwerken in Mitteldeutschland, im Rheinland und in Schlesien, außerdem der Strom, der aus der Abfallkohle der Steinkohlenbergwerke gewonnen wird.

An Leitungsanlagen nimmt Oskar von Miller an: 2500 Kilometer 200 000-Voltleitungen, 1500 Kilometer 100 000-Voltleitungen, 1500 Kilometer mit niedrigerer Spannung. Für die Beleuchtung errechnet Oskar v. Miller den Verbrauch von ungefähr 2 Milliarden Kilowattstunden, für Stromverbrauch in Haushalt und Küche 5 Milliarden; der Strom im Haushalt müsse allerdings verbilligt und der Tarif einfach gestaltet werden, für Gewerbebetriebe und für Landwirtschaft sowie für städtische Betriebe wird ein Bedarf von je zwei Milliarden errechnet, für die Bahnen ein solcher

Bedarf. — Der außerordentlichen Bundesversammlung ging am Abend vorher eine außerordentliche Hauptversammlung des Landesverbandes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen des Sächs. Militär-Vereins-Bundes unter Leitung des Verbandsvorsitzenden Paul im Meißner Saale der „Drei Raben“ voraus. Dieser wohnte auch der Herr Bundespräsident Dr. Hopf bei. Sie beschäftigte sich ebenfalls mit einem neuen Haushaltsplan und den Richtlinien für die neuerrichteten Kreisgeschäftsstellen des Landesverbandes. Anschließend wurden wichtige Versorgungs- und Fürsorgefragen zum Forderungsprogramm des Ruffhausesbundes besprochen, das dem Reichstage vorgelegt und am 24. und 25. November in einer Vorstandssitzung in Berlin beraten werden soll. Zu dieser wurden der Landesverbandsvorsitzende Präsidialmitglied Alfred Paul und die 2. stellv. Vorsitzende des Landesverbandes, Frau E. Häcker, Leipzig, entsandt.

Winterbeginn auf dem Arbeitsmarkt.

Die Arbeitsmarktlage erhält immer stärker einen rein winterlichen Charakter. Nicht nur der Rückstrom aus den Außenberufen hat sich verstärkt, sondern auch in einigen Zweigen des Vorkriegsgewerbes und des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes neigt sich die Saison ihrem Ende zu und bewirkt eine Anzahl Entlassungen, besonders weiblicher Arbeits-

kräfte. Auf der anderen Seite hat er den Zeitraum der beruflichen Arbeitslosigkeit auf drei bis vier Monate begrenzt. Die Sonderunterstützung wäre also für ungefähr sechs bis zehn Wochen zu gewähren. Man glaubt, daß ein Gesamtbetrag von 35 Millionen Mark als ausreichende finanzielle Sicherung der Fürsorge für das laufende Haushaltsjahr angesehen werden kann. Der Zuschuß des Reiches soll 28 Millionen Mark betragen. Das Gesetz soll am 2. Dezember 1928 in Kraft treten.

Wiederaufnahme der Verhandlungen im Eisenkonflikt am 26. November.

Bochum. Drei Wochen währet bereits der Kampf in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie. Die Hoffnungen, die sich nach der Veröffentlichung des Kommuniqués des Regierungspräsidenten Bergemann am Sonnabend auf eine bevorstehende Einigung der Parteien eröffneten, sind infolge des Umfalls der Gewerkschaften in der am Montag stattgefundenen Aussprache der erweiterten Verhandlungskommission wieder verflogen. Inzwischen hat die Situation eine neue Zuspitzung erfahren. In Gewerkschaftskreisen rechnet man jedenfalls nicht mehr mit der Wiederaufnahme der Arbeit in absehbarer Zeit. Ein an den Düsseldorf-Berliner Verhandlungen beteiligter Bezirksleiter der Metallarbeiterverbände erklärte in einer internen Aussprache mit den Geschäftsführern seiner Organisation, daß auch im günstigsten Falle die

Wiederaufnahme der Arbeit nicht vor Beginn des Dezembers

erfolgen könne. Die Wiederaufnahme der Parteibesprechungen hat der vermittelnde Regierungspräsident Bergemann, der sich sofort nach der Entscheidung des Duisburger Arbeitsgerichts über die Berufungsklage der Metallarbeiterverbände gegen den Beschluß der ersten Instanz, betreffend die Rechtsgültigkeit des Schiedsspruchs vom 27. Oktober, an die Parteien wandte, für Montag, den 26. November, in Aussicht genommen.

Wichtige Besprechungen Briands mit dem englischen Botschafter in Paris.

Paris. Amtlich wird mitgeteilt: „Außenminister Briand empfing den englischen Botschafter Sir William Tyrrell, mit dem er eine längere Unterredung über eine Reihe von Fragen hatte, die gegenwärtig Gegenstand der Aussprache unter den Alliierten und zwischen ihnen und Deutschland sind: Die Zusammenfassung des Ausschusses der Finanzachverständigen, der die endgültige Regelung der Reparationsfragen prüfen soll, die vorzeitige Rheinlandräumung und Erneuerung einer Feststellung- und Versöhnungskommission.“

Ueber daselbe Thema unterhielt er sich auch mit Poincaré, dem französischen Ministerpräsidenten.

Englische Arbeiterpolitik.

250 000 Bergarbeiter führen ein Bettlerdasein.

Amsterdam. Die Blätter bringen aufsehenerregende Berichte über die elende Lage der 250 000 arbeitslosen englischen Bergarbeiter. Diese Viertelmillion Opfer der englischen Kohlenkrise hätten vorläufig keine Aussicht, Arbeit zu finden. Die überwiegend große Mehrheit der arbeitslosen Bergarbeiter führt infolge der unzureichenden sozialpolitischen Maßnahmen der englischen Regierung ein Bettlerdasein.

Im Walliser Steinkohlenrevier litten bis zu 40 Prozent der Kinder an Unterernährung. In einzelnen Städten mit etwa 10 000 Einwohnern seien höchstens 400 Personen beschäftigt. Von diesen 400 besteht der größte Teil aus Ladenbesitzern, Handwerkern, Lehrern und Beamten. Man könne ohne Uebertreibung sagen, daß in den Kohlenindustrieregenden zur Zeit über eine halbe Million Personen buchstäblich hungern.

In einzelnen Orten sei höchstens ein Prozent der Bevölkerung noch beschäftigt. Die englische Regierung habe bisher vollkommen versagt. Das System, nach dem sie die erwerbslosen Arbeiter umzusiedeln beabsichtige, sei vollkommen unzulänglich. Im besten Falle könne man auf diese Weise 50 000 erwerbslose Bergarbeiter unterbringen, die restlichen 200 000 könnten als Bettler weiter vegetieren.

Gemeinsames Vorgehen Englands und Frankreichs in Asien.

Militärische Besprechungen in Indien. Amsterdam. Die Indienreise des Militärgouverneurs von Paris, General Gouraud, hat nach Berichten aus Kalkutta sowohl in militärischer als auch in politischer Hinsicht eine außerordentliche Bedeutung. Die Einladung des angesehenen Sachverständigen für die Technik des modernen Kolonialkrieges ist gemeinsam vom indischen Vizekönig und vom Oberkommandierenden der anglo-indischen Armee ausgegangen. Obwohl die Mission General Gourauds nach außen hin keinen offiziellen Charakter trägt, soll sie dennoch sehr wichtigen Zwecken für eventuelle gemeinsame englisch-französische Maßnahmen in Asien dienen.

In Gourauds indischen Besuch soll sich eine Inspektionsreise nach Indochina anschließen. Wie verlautet, dient die Indienreise General Gourauds den Vorbereitungen einer englisch-französischen Verständigung zum Schutze der gemeinsamen Interessen im Fernen Osten.

kräfte. Die unter dem Einfluß des Weihnachtsgeschäftes vermehrten ausbildungsweilen Einstellungen können daher auf dem weiblichen Arbeitsmarkt nicht mehr genügend Ausgleichsmöglichkeiten bieten. Ein Stützpunkt des Arbeitsmarktes liegt jedoch immer noch in der anhaltenden Saisonbelegung im Spinnstoffgewerbe. Allgemein machen sich dort starke Anforderungen von Facharbeiterinnen geltend, die nicht überall befriedigt werden können.

Der Arbeitsmarkt der Metallindustrie ist uneinheitlich. Ein weiterer Rückgang trat nicht ein, vielmehr stieg stellenweise die Nachfrage nach Fertigwaren, wohl unter dem Einfluß von Saisongeschäften; Einstellungen und Entlassungen stehen sich gegenüber.

Der Zugang an männlichen Arbeitsuchenden kommt infolge dessen nicht so sehr aus der Metallindustrie, sondern aus der Industrie der Seide und Erden und dem Baugewerbe.

Das verzauberte Geld.

In der Wohnung eines alten Invaliden in Meissen erschienen zwei Zigeunerinnen, anscheinend Mutter und Tochter, und erbaten sich, aus der Hand zu lesen. Es wurde der bei solchen Anlässen übliche Soluspotus ver-

antialle
feine ja
beizuf
handelt
reichte
legte da
Schan
Nach i
zauber
im Sch
leichte
verfäht

Da
schen
meiste
handelt
Wiesen
Zat be
haufe
junges
Stelle
Halle
einen
polizei

Die
Di
rade f
därer
Handel
Künen
Arbeits
Zindust
handels
schafts

Gew

rkanisch
aus Ne
innerha
die Typ
werden
durch
Die am
gebracht
fahrt zu
Weise
sichern

Das

B
burger
aus J
den I
Sicher
zu ha
So ja
Tausen
diese
Gleich
Kassier
amer
haus
leuten,
Gewer
seiner
mann
sie fin

Be
in ihre
ein Sp
Larve
Marie
turs r
Bantfo
hätte
festgest

